

LANDTAGSSCHAU

Dietmar Panske MdL



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

in diesen Wochen erleben wir, was lange Zeit unvorstellbar schien: Ein Angriffskrieg mitten in Europa. Mit diesem Angriff auf die Ukraine bricht Wladimir Putin vor den Augen der Welt mit den elementarsten Regeln der internationalen Ordnung. Wladimir Putin greift einen souveränen Staat mit einer demokratisch gewählten Regierung an, zerstört den Frieden eines Landes und ist für tausende Tote und Verletzte verantwortlich. Die größten Opfer sind unschuldige Zivilisten, Familien, Kinder. Dabei handelt es sich um einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht.

Der 24. Februar 2022 markiert einen der dunkelsten Tage in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg und dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Millionen von Menschen sind auf der Flucht vor Zerstörung, Leid und Tod. In einem Abwehrkampf steht das ukrainische Volk einem scheinbar übermächtigen Gegner gegenüber, der das internationale Recht mit Füßen tritt. Weltweit, auch in Russland, regt sich hiergegen Widerstand: Menschen gehen auf die Straßen und erheben ihre Stimmen für den Frieden. 141 Länder verurteilten den russischen Überfall auf die Ukraine in einer UN-Resolution.

Auch unser NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst sowie der nordrhein-westfälische Landtag haben während der letzten Plenarwoche deutlich gemacht, dass wir fest und unverbrüchlich an der Seite unserer ukrainischen Freundinnen und Freunde stehen. Wir teilen die Werte der Demokratie, der Freiheit und des Friedens. Diese Werte und die Menschen, die dafür einstehen, werden wir niemals aufgeben.

Klar ist: Dieser Krieg muss so schnell wie möglich beendet werden.

Auch wenn es schwerfällt sich vor dem Hintergrund des aktuellen Krieges in der Ukraine mit anderen politischen Themen zu beschäftigen, möchte ich Sie dennoch über einige Neuigkeiten aus Düsseldorf informieren:

- „Unsere Parlaments-Armee in der Mitte der Gesellschaft verankern“ – Meine Rede zur Initiative der NRW-Koalition für eine Stärkung der Bundeswehr
- „1,6 Mrd. € für Flüchtlinge – bei Bedarf stocken wir auf“ – Wir stehen an der Seite der ukrainischen Kriegsflüchtlinge
- „Anlieger Zahlen nicht mehr – ab sofort und auch rückwirkend“ – Anliegerbeiträge werden zu 100 Prozent übernommen
- „Der Untersuchungsausschuss Kindesmissbrauch hat in menschliche Abgründe geschaut“ – Meine Rede zum aktuellen Zwischenbericht des Untersuchungsausschusses

Für Rückfragen und auch Rückmeldungen können Sie sich wie gewohnt jederzeit bei mir melden!

Ihnen nun viel Freude beim Lesen!

Unsere Parlaments-Armee in der Mitte der Gesellschaft verankern

Meine Rede zur Initiative der NRW-Koalition für eine Stärkung der Bundeswehr

Plötzlich herrscht Krieg in Europa und alte Gewissheiten stehen auf dem Prüfstand. Für viele Menschen in Deutschland hatte die Bundeswehr lange Zeit nichts mit ihrem eigenen Leben zu tun – manche haben sie sogar abgelehnt. Jetzt erleben wir, dass Frieden nicht selbstverständlich ist und wir uns durchaus damit befassen müssen, wie wir ihn sichern. Dabei spielt unsere Parlaments-Armee eine wichtige Rolle. Mit einer gemeinsamen Initiative haben wir als NRW-Koalition in der vergangenen Plenarwoche ein starkes Zeichen für den Rückhalt unserer Bundeswehr in der Gesellschaft gesetzt.

Als ehemaliger Offizier ist es mir ein besonderes Anliegen, die Bundeswehr wieder stärker in der Mitte unserer Gesellschaft zu verankern. Es kann nicht sein, dass Schulen Jugendoffizieren den Zutritt verweigern, weil sie mit ‚dem Militär‘ nichts zu tun haben wollen. Diese Fachkräfte sind ausgebildet, um jungen Menschen die Herausforderungen einer modernen Sicherheitspolitik nahezubringen. Solche Veranstaltungen in der Schule können ein wichtiger Baustein sein, damit das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und jenen, die sie schützen sollen, enger wird.

Weitere Bausteine sind Partnerschaften zwischen Bundeswehr und Kommunen oder Reservisten in Unternehmen. Wir wollen die Bundeswehr in unserer Gesellschaft sichtbarer machen

– dazu soll es künftig auch öffentliche Gelöbnisse geben, bei denen die Menschen selbst Zeuge werden, dass der Dienst in unserer Parlaments-Armee ein Dienst für die Verfassung ist. Auch in den Städten und Gemeinden des Kreises Coesfeld sollten wir wieder verstärkt darüber nachdenken, Gelöbnisse in Verbindung mit den Städtepartnerschaften mit unseren Patenkompanien der Bundeswehr zu veranstalten – immer dann, wenn es die Corona-Schutzbestimmungen zulassen werden. Die Menschen sollen nicht mit der Bundeswehr fremdeln, sondern sich mit ihr identifizieren können. Die Frauen und Männer in Uniform haben unsere Unterstützung und Anerkennung verdient.



HIER GEHT'S ZUR REDE

1,6 Mrd. € für Flüchtlinge – bei Bedarf stocken wir auf

Wir stehen an der Seite der ukrainischen Kriegsflüchtlinge



Die Bilder aus der Ukraine zeigen einen Krieg, der so menschenverachtend und brutal geführt wird, dass es unsere Vorstellungskraft sprengt. Bilder von Müttern mit frisch entbundenen Säuglingen, die aus den Trümmern einer Geburtsklinik gerettet werden, sind eines von vielen verstörenden Beispielen. Wer kann, der flieht – Europa erlebt die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg. NRW

heißt die fliehenden Menschen willkommen, sorgt für sichere Zuflucht und jede erdenkliche Hilfe. 1,6 Milliarden Euro stehen schon jetzt im Haushalt des Integrationsministeriums für die Aufnahme von Flüchtlingen und Integration bereit, und wir werden diese Mittel bei Bedarf selbstverständlich aufstocken.

Wir werden diese Herausforderung meistern, wenn wir an einem Strang ziehen. Dazu gehören jetzt schnell alle föderalen Akteure an einen Tisch: Bund, Länder und Kommunen. Und nicht erst Anfang

April, wie für die angedachte Bund-Länder-AG geplant – das ist schlicht zu spät. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Das gilt auch für die Rechtsverordnung des Bundes zur EU-Massenzustrom-Richtlinie, die notwendig ist, damit Geflüchtete registriert werden können, Sozialleistungen erhalten, damit Kinder zur Schule und in die Kita gehen können.

Bundesinnenministerin Faeser muss diese Basis für ein geordnetes Verfahren jetzt schnellstmöglich vorlegen. Was wir in NRW beitragen können, haben wir getan und werden wir tun. Ein eigener Kabinettsausschuss zum Ukraine-Krieg

bringt alle Ressorts zur Abstimmung von Maßnahmen zusammen, der Sonderstab ‚Flucht Ukraine‘ im Integrationsministerium steuert die Aufnahme geflüchteter Menschen. Die Aufgabe ist groß, aber wir stellen uns und wir werden das schaffen!

An dieser Stelle gilt mein herzlicher Dank allen Freiwilligen und Ehrenamtlichen, die auch in unserer Region Großartiges leisten, um Flüchtlinge aus der Ukraine mit viel Herzblut bei uns aufzunehmen, zu versorgen oder ihnen einfach auch seelischen Beistand zu leisten.

Anlieger Zahlen nicht mehr – ab sofort und auch rückwirkend Anliegerbeiträge werden zu 100 Prozent übernommen

Die letzte Woche war gut für alle Bürgerinnen und Bürger, die an Anliegerstraßen wohnen. Der Landtag hat am vergangenen Donnerstag einen Antrag der NRW-Koalition beschlossen, Anliegerinnen und Anlieger ab sofort zu 100 Prozent von Straßenausbaubeiträgen zu entlasten. In der namentlichen Abstimmung votierten die SPD-Abgeordneten gegen den Antrag der NRW-Koalition von CDU und FDP, die Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne enthielten sich.

Für Anliegerinnen und Anlieger bedeutet diese Entscheidung, dass sie nun keine Anliegerbeiträge mehr zahlen müssen. Das betrifft auch rückwirkend

Maßnahmen, die ab Anfang 2018 vom Rat beschlossen wurden und die bisher zur Hälfte gefördert wurden. Die Betroffenen werden nun auch die übrige Hälfte der Beiträge erstattet bekommen.

Mit der Zusage, ab sofort für alle Straßensanierungen in Kommunen mit einem Straßen- und Wegekonzept die Beiträge zu übernehmen, kurbeln wir als Land außerdem in die Zukunft gerichtet Investitionen an und sorgen dafür, dass marode Anliegerstraßen endlich instand gesetzt werden.

Der Untersuchungsausschuss Kindesmissbrauch hat in menschliche Abgründe geschaut

Meine Rede zum aktuellen Zwischenbericht des Untersuchungsausschusses

Der Ausschuss rund um den Missbrauchskomplex in Lügde hat in seinen über 75 Sitzungen und mit weit über 120 Zeugen erhebliche Mängel aufgedeckt und so wichtige Ergebnisse zur Aufklärung beitragen können. Wegen des Umfangs und der Komplexität des Falles, Zeugen, die die Aussagen verweigerten und die Menge der zu sichtenden Akten konnte der Untersuchungsauftrag bis zum Ende der Wahlperiode aber nicht abgeschlossen werden. Es ist daher ein besonderes Zeichen, auch an die Opfer und deren Familien, dass sich die demokratischen Fraktionen im

Landtag NRW bereits auf eine Fortsetzung der Untersuchung in der kommenden Wahlperiode verständigt haben.

HIER GEHT'S ZUR REDE

Mit freundlichen Grüßen

